

NIEDERSCHRIFT

über die am 19. Dezember 2024, um 19.00 Uhr, im Gemeindeamt Illmitz, abgehaltene Gemeinderatssitzung der Marktgemeinde Illmitz.

Anwesend:

SPÖ: Bürgermeister NRAbg. Maximilian Köllner MA, 2. Vizebürgermeisterin Anna Sipötz, Michael Kroiss, Annemarie Gmoser, Judith Tschida, Maximilian Sipötz, Benjamin Heiling, Christian Weidinger, Dieter Feitek BSc. MSc., Michael Rauchwarter, Johann Unger, Josef Hochedlinger und Ersatz Mitglied Andreas Tschida

ÖVP: 1. Vizebürgermeisterin Heidemarie Galumbo, Ing. Johann Gangl, Hannes Heiss MSc, Dagmar Bründlmayer BA, Ing. Michael Nekowitsch, Paul Tschida und Carina Frank

FPÖ: DI Konrad Tschida (ab 19:54 Uhr)

Schriftführer: Vb Tina Fleischhacker und Vb Daniel Ecker

Abwesend:

GR Martin Tschida (SPÖ), GR Johann Haider (SPÖ), GR Florian Tschida (ÖVP), Ersatz-GR Mag. Wolfgang Lidy (ÖVP) – entschuldigt

Bürgermeister NRAbg. Maximilian Köllner eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die gesetzmäßige Einberufung aller Gemeinderatsmitglieder zu dieser heutigen Gemeinderatssitzung fest. Die abwesenden Gemeinderatsmitglieder sind verhindert und haben sich auch entschuldigt. Als Beglaubiger werden die anwesenden GR Michael Rauchwarter (SPÖ) und GR Carina Frank (ÖVP) bestimmt.

Der Vorsitzende, Bgm. Maximilian Köllner, stellt an den Gemeinderat die Frage, ob jemand gegen die Niederschrift vom 27. November 2024 Einwendungen erheben will oder ob jemand zur Tagesordnung, Anträge einbringen möchte.

Da keine Wortmeldung betreffend die Niederschrift erfolgt stellt der Vorsitzende den Antrag die Sitzungsniederschrift vom 27. November 2024 zu genehmigen.

Der Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig angenommen und die Verhandlungsschriften der Gemeinderatssitzung vom 27. November 2024 werden genehmigt.

Gegenstände:

- 1) Voranschlag 2025
 - a) Abgaben und Entgelte
 - b) Höhe des Kassenkredites
 - c) Stellenplan
 - d) Mittelfristiger Finanzplan 2026-2029
- 2) Kreditübertragungen für das Haushaltsjahr 2024
- 3) Girokonten und Sparbücher, Zinsen
- 4) Kostenbeiträge für Aufschließungsmaßnahmen
- 5) Gebühren/Entgelte, Guthaben und Mahnungen – Kleinstbeträge
- 6) Kosten für schulische Tagesbetreuung pro Monat
- 7) Feuerwehrhauszu- und -umbau, Kreditvertrag und Totalunternehmervertrag
- 8) Straßenbau 2025, Erweiterungs- und Sanierungsprogramm Wasserleitungsverband
- 9) Pachtvertrag Weingarten, Gst. Nr. 5857/11
- 10) Bericht des Prüfungsausschusses
- 11) Allfälliges

Sodann wird zur Tagesordnung übergegangen.

1) Voranschlag 2025

Bürgermeister Köllner berichtet, dass der Voranschlagsentwurf für das Jahr 2025 mit dem Ergebnishaushalt (EHH), dem Finanzierungshaushalt (FHH) und dem Vermögenshaushalt (VHH) erstellt worden ist. Die Vorlage wurde von Vb Tina Fleischhacker sehr gut vorbereitet und auch im Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 3. Dezember 2024 besprochen.

Diesbezüglich liegen auch schriftliche Erläuterungen betreffend Voranschlag 2025 vor, wo alle Fakten zur Beschlussfassung angeführt sind. Die Unterlagen zum Voranschlag 2025 wurden den Fraktionen übermittelt und liegen auch dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vor.

Der Entwurf des Voranschlages 2025 wurde nach den Kriterien der VRV ausgearbeitet. Im Ergebnishaushalt werden sämtliche Erträge und Aufwendungen im laufenden Jahr veranschlagt. Die tatsächlichen Zahlungen und Einnahmen sind im Finanzierungshaushalt sichtbar. Der Vermögenshaushalt weist die Vermögenswerte auf, wo auch die Abschreibungen zum Tragen kommen.

In der Vorstandssitzung wurden die konkreten Vorhaben sowie Investitionen für das Jahr 2025 gemeinsam festgelegt. Nach Anhörung des Gemeindevorstandes war der Voranschlagsentwurf im Gemeindeamt zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen. Dieser Voranschlagsentwurf wurde dann vom 4. Dezember 2024 bis einschließlich am 18. Dezember 2024 zur öffentlichen Einsichtnahme im Gemeindeamt aufgelegt. Diesbezüglich wurden keine konkreten Erinnerungen eingebracht.

Bgm. Köllner erörtert kurz die derzeit veranschlagten Beträge der großen Vorhaben bzw. Investitionen im Jahr 2025 (investive Projekte). Diese sind der Straßenausbau mit € 100.000, die Kanalinspektion mit € 175.000,-, die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED mit € 125.000,- und die Planung Neubau Mittelschule (Ansatzposten) mit € 5.000,-. Die sonstigen Investitionen belaufen sich derzeit auf € 261.800,-, wo Ausgaben z.B. in den Bereichen der Schulen, Kindergarten, Ortsbereich, Parkanlagen, Kanal usw. vorgenommen werden. Die Gesamtsumme aller Investitionen beträgt derzeit € 666.800,-. Rücklagen sind nicht geplant zu entnehmen.

Die jährliche Abschreibung (AfA) ist aufgrund des Anlagenvermögens sehr hoch, was sich auch auf den Ergebnishaushalt auswirkt. Vorallem im Bereich Straßen und Kanal haben wir große Abschreibungssummen, wodurch man im Ergebnishaushalt geringere Erträge hat und das Nettoergebnis dadurch vermindert wird. Aufgrund der Teuerungen, welche die Gemeinden heuer wiederum hart treffen und Einsparungen bei den Investitionen und auch im operativen Haushalt notwendig machen, wurden die Posten betreffend Strom, Gas, Betriebs- und Instandhaltungskosten und Personalkosten entsprechend höher budgetiert und angepasst.

Bürgermeister Köllner führt an, dass die Kassenkredite beschlossen werden müssen. Die Gemeindeabgaben und Entgelte der Kanalbenützungsgebühren, der Hundeabgabe, der Friedhofsentgelte und der Altstoffsammelstelle wurden in der GR-Sitzung am 27. November 2024 schon beschlossen. Die anderen Abgaben wie z.B. Grundsteuer, Kanalanschlussbeitrag sollen laut Gemeinderat gleich bleiben.

Der Stellenplan (Dienstpostenplan) für alle Bediensteten der Gemeinde muss konkret angeführt und beschlossen werden (43 Personen mit 32,741 Vollzeitäquivalent). Der Stand der Rücklagen beläuft sich lt. Auflageentwurf per 1. Jänner 2025 auf + € 646.000,-. Der Darlehenstand mit Jahresanfang beträgt € 553.600,-, wobei heuer € 49.700,- (mit Zinsen € 55.800,-) abgestattet werden und der Endbestand beträgt € 503.900,-. Der Haftungsstand per 1.1.2025 ist mit € 926.426,71 (Endstand € 845.735,18) beziffert.

Bürgermeister Köllner gibt an, dass in der Zwischenzeit seit der Auflage kleinere Änderungen erforderlich wurden.

Wie schon in der Gemeindevorstandssitzung angekündigt, mussten die Versicherungen an den Vertrag angepasst werden, wofür man die Prämien erst vor Kurzem erhalten hat. Dies führt zu einer Erhöhung auf manchen Ansätzen beim Konto 670 (gesamt + € 1.800,-).

Auch musste für die beschlossene Mietvereinbarung für die PV-Anlagen nach Rücksprache mit der BDO der Ansatz 870/700 angelegt werden (+ € 2.000,-).

Die Abschreibungsberechnung musste vor der Gemeinderatssitzung durchgeführt werden, da Aktivierungen von Vermögenskonten stattgefunden haben, die Abschreibungen erhöhen sich daher zum Auflageentwurf um € 48.000,- auf € 1.199.000,-. Auch hat dies Auswirkungen auf die Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen (+ € 38.500,-).

Der Stand der Rücklagen per 1. Jänner 2025 muss von + € 646.000,- auf + € 650.400,- angepasst werden, da entgegen des Voranschlags 2024 nicht alle veranschlagten Rücklagen entnommen wurden. Da die Kühlung in der Leichenhalle wieder nicht funktioniert hat, wurde für diese ein Angebot zur Reparatur eingeholt und ist eine Erhöhung des Betrages auf dem Ansatz 817/614 um € 2.000,- notwendig. Der Skaterplatz muss auch gewartet werden, wofür eine Erhöhung des Betrages auf dem Ansatz 815/618 um € 3.000,- notwendig ist.

Er führt weiter an, dass man im Gemeindevorstand bereits darüber diskutiert hat und auch schon Einnahmenseitig bei den Abgaben Erhöhungen beschlossen hat, aber die wichtigsten Parameter, wie z.B. Einsparungspotentiale oder auch wichtige Projekte, die umgesetzt werden sollen, müssen noch besprochen werden. Beispielsweise hat man die vorgesehenen Beträge für den Straßenbau bereits deutlich verringert. Durch die Umstellung der Straßenbeleuchtung in einigen Bereichen werden ebenfalls Einsparungsmaßnahmen getroffen. Ebenso könnte man die Ausgaben für freiwillige Sozialleistungen, wie z.B. Weihnachtsfeier und Betriebsausflug, senken. Weiters kann man darüber nachdenken, wie man Vereine künftig fördert. Ein Ansatz wäre die Vereine nur im Anlassfall mit Förderungen zu unterstützen, sollte beispielsweise eine Sanierung oder eine anderweitige Investition geplant sein. Bei den Gästeehrungen könnte man auch Änderungen vornehmen, indem man die Gäste statt einem Essen mit einem kleinem Empfang im Gemeindegarten oder einem Karton Wein belohnt. Im Bereich Personal wird man, wie im GV besprochen, auch einsparen. Obwohl man die Arbeiter dringend für Begräbnisse und den Sommertourismus benötigt, wird man noch einen Saisonarbeiter weniger anstellen. Er könnte sich daher vorstellen, folgende zusätzlichen Änderungen zu beschließen:

- Ansatz 010/590 Weihnachtsfeier und Gutscheine von € 12.000,- auf € 9.000,- (- € 3.000,-)
- Ansatz 094/728 Betriebsausflug von € 6.000,- auf € 0,- (- € 6.000,-)
- Ansatz 019/723 Repräsentationsausgaben von € 18.000,- auf € 15.000,- (- € 3.000,-)
- Subventionen Topf mit € 20.000,- auf Ansatz 381/757, alle anderen Ansätze der Vereinsförderungen und Pfarre werden auf € 0,- gesetzt (gesamt - € 16.200,-)

Der Vorsitzende, Bürgermeister Köllner bittet dazu um Wortmeldungen.

1. Vizebürgermeister Galumbo bedankt sich bei Vb Tina Fleischhacker und Tina Markl für die Aufbereitung des Voranschlags und auch für die Erklärung der angefallenen Fragestellungen.

Sie führt weiter an, dass man mit dem vorhandenen Geld gut haushalten und wirtschaften muss, aber auch die Einnahmen optimieren sollte, insbesondere in touristischer Hinsicht.

Bürgermeister Köllner sagt, dass es schwierig ist, schnell neue Einnahmen zu generieren. Dies kann erst budgetiert werden, wenn man weiß, welche Einnahmequellen vorhanden und auch realistisch sind. Auch muss man hier zuerst schauen, ob diese Einnahmen dann für die Gemeinde oder die ITB schlagend werden. Zuerst muss man versuchen, mit dem vorhandenen Geld gut und verantwortungsvoll zu wirtschaften und Effizienzpotenziale auszumachen. Darüber hinaus muss man sich natürlich mit neuen potentiellen Einnahmequellen beschäftigen. Die Vereine wurden in den letzten Jahren außerordentlich gut von der Gemeinde unterstützt. Über die derzeitige Situation ist sich jeder im Klaren und Schuldzuweisungen, wie man es auch schon im Gemeindevorstand besprochen hat, sind hier nicht an der richtigen Stelle. Fakt ist, dass Gemeinden in ganz Österreich von der aktuell schwierigen finanziellen Lage betroffen sind.

GV Ing. Johann Gangl bedankt sich für die sehr gute rechnerische Aufbereitung des Voranschlags. Er sagt, dass man nun gewisse Dinge evaluieren muss, wo eingespart werden kann und wie man es umsetzt. Im Sommer war bereits klar, dass die Situation nicht gut aussieht und man kann davon ausgehen, dass sich das Budget in den nächsten Jahren nicht wesentlich verbessern wird, jedoch ist er der Meinung, dass man bei gewissen Punkten anders budgetieren hätte können, wenn eine Evaluierung bereits stattgefunden hätte. Auch hat man als Opposition wenig Einblick in die Geschäftsgebarung und auch in die ITB. Daher wird die Fraktion der ÖVP dem heurigen Budget nicht zustimmen, da man einige Dinge bereits angehen hätte können (z.B. Arbeitsstunden Friedhof), um die Situation ein wenig zu verbessern.

1. Vizebürgermeisterin Anna Sipötz teilt mit, dass die Arbeitsberichte in die Gemeinde gebracht werden und diese eingesehen werden können. Auch nimmt man gerne Verbesserungsvorschläge an. Seit sie im Gemeinderat ist, hat die Geschäftsführung der ITB immer der Bürgermeister und die Vizebürgermeisterin gemacht, was auch so weitergeführt hätte werden können, weil das das Angebot der SPÖ war.

GR Maximilian Sipötz macht seine allgemeine persönliche Meinung bezüglich des vorweihnachtlichen Friedens kund. Es ist für ihn unverständlich, dass im Rahmen der Budgeterstellung vorgeworfen wird, dass es zu spät für Einsparungen ist und man den Ball der Mehrheitsfraktion zuspielt. Wenn man die Einnahmenseite konstruktiver gestalten will, sind dies keine punktuellen Dinge, sondern da braucht es eine Strategie. Hierzu gibt es verschiedene Ausschüsse, die tagen und in denen man jederzeit Ideen und Vorschläge einbringen kann. Auch können in den Ausschüssen langfristige Strategien geplant und dem Gemeinderat vorgelegt werden. Dies kann man gemeinsam ruhig und konstruktiv angehen, da es sicher nicht so sein wird, dass nächstes Jahr der goldene Regen kommt.

Der Gemeinderat hat von diesem Voranschlag folgende Summen nach den oben angeführten Änderungen zu beschließen:

*) Saldo 0 (SA 0): „Nettoergebnis“ vom Ergebnisvoranschlag, welcher den Betrag von - € 643.800,- aufweist. Für den anstehenden Feuerwehrhauszu- bzw. -umbau (durch die PEB GmbH - Fertigstellung voraussichtlich 2026 und Finanzierung wie im Projekt ausgewiesen) wird eine Haushaltsrücklage mit den erhaltenen Bedarfszuweisungen zugewiesen (Zuweisung i.d.H.v. € 1.200.000,- im Haushaltsjahr 2025). Bedingt durch die hohen Abschreibungen des Anlagevermögens (€ 1.199.000,- MVAG-Code 2226), die Zuweisung der Haushaltsrücklage, Rückstellungen, ergibt sich ein hohes negatives Nettoergebnis (SA00) i.d.H.v. - € 1.843.800,-.

*) Saldo 5 (SA 5): „Geldfluss von der voranschlagswirksamen Gebarung“ vom Finanzierungsvoranschlag mit dem Betrag von + € 538.800,-. Der Saldo 5 des Finanzierungshaushaltes (würde ohne die Bedarfszuweisungen für das Projekt Feuerwehrhauszu- bzw. -umbau einen negativen Betrag aufweisen) ist durch liquide Mittel in der Höhe von € 1.580.096,65 mit Stand 30. September 2024 abgedeckt.

Auch soll die gegenseitige Deckungsfähigkeit beschlossen werden, wo Einsparungen bei einem Ansatz zum Ausgleich von Mehrausgaben bei einem anderen Ansatz herangezogen werden können.

Bürgermeister Köllner gibt an, dass dies in groben Zügen das Budget für das Jahr 2025 ist, geprägt von Sparsamkeit, die man in Zeiten wie diesen beachten muss, wenn man Verantwortung für die Zukunft übernimmt. Auch seitens des Amtes (Amtsleitung und Buchhaltung) wurde auf die derzeitige Lage der Gemeinden hingewiesen und es ist zu beachten, dass man Einsparungen treffen muss, da sonst in den nächsten Jahren Investitionen nur noch mit Fremdmitteln gedeckt bzw. vorgenommen werden können, wenn die liquiden Mittel der Gemeinde aufgebraucht sind.

Nach weiterer Beratung bringt Bgm. Köllner den Antrag ein, den Voranschlag 2025 in vorliegender Form mit folgenden Anregungen bzw. Änderungen zu beschließen:

Änderungen der Budgetposten:

- Versicherungen auf einigen Ansätzen bei den Konten 670 (gesamt + € 1.800,-)
- Ansatz 870/700 für die Miete der PV-Anlagen (+ € 2.000,-)
- Abschreibungen des Vermögens Erhöhung auf € 1.199.000,- (+ € 48.000,-)
- Ansätze 163/813, 320/813 und 816/813 Erträge - Auflösung von Investitionszuschüssen (gesamt + € 38.500,-)
- Rücklagen per 1. Jänner 2025 von + € 646.000,- auf + € 650.400,-
- Ansatz 010/590 Weihnachtsfeier und Gutscheine von € 12.000,- auf € 9.000,- (- € 3.000,-)
- Ansatz 094/728 Betriebsausflug von € 6.000,- auf € 0,- (- € 6.000,-)
- Ansatz 019/723 Repräsentationsausgaben von € 18.000,- auf € 15.000,- (- € 3.000,-)
- Subventionen Topf mit € 20.000,- auf Ansatz 381/757, alle anderen Ansätze der Vereinsförderungen und Pfarre werden auf € 0,- gesetzt (gesamt - € 16.200,-)
- Ansatz 817/614 von € 4.000,- auf € 6.000,- für die Kühlung in der Leichenhalle (+ € 2.000,-)
- Ansatz 815/618 von € 5.000,- auf € 8.000,- für die Wartung des Skaterparks (+ € 3.000,-)

Ebenso möge man die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Ansätze innerhalb der Gruppen 1 bis 9 zum Beschluss erheben (§ 20 Abs. 4 GHO 2020).

Der Antrag von Bürgermeister Köllner erhält 13 JA-Stimmen, wodurch dieser Antrag zum Beschluss erhoben wird. Zustimmung 13 Stimmen der SPÖ, Stimmenthaltung ÖVP zählt als 7 Gegenstimmen

Aufgrund des mehrstimmigen Beschlusses wird der Voranschlag 2025 mit den angeführten Änderungen mit all seinen Beilagen beschlossen:

Gemäß § 20 Abs. 4 GHO 2020 wird auch der Beschluss gefasst, dass die Ansätze in den Gruppen 0 bis 9 innerhalb der Gruppen gegenseitig deckungsfähig sind.

Ergebnis - Ergebnisvoranschlag 2025	SA 0	€- 643.800,-
	SA 00	€- 1.843.800,- (Bildung Rücklage € 1.200.000,-)
Ergebnis – Finanzierungsvoranschlag 2025	SA 5	€+ 538.800,-

a) Abgaben und Entgelte

Die Gemeindeabgaben und Entgelte der Kanalbenützungsgebühren, der Hundeabgabe, der Friedhofsentgelte und der Altstoffsammelstelle wurden in der GR-Sitzung am 27. November 2024 schon beschlossen. Die anderen Abgaben wie z.B. Kanalanschlussbeitrag und Grundsteuer sollen laut Gemeinderat gleich bleiben.

Nach kurzer und weiterer Beratung stellt Bgm. Köllner den Antrag, die Abgaben und Entgelte wie in der Sitzung am 27.11.2024 beschlossen, in den Voranschlag aufzunehmen.

Der Gemeinderat fasst den einstimmigen Beschluss, die Abgaben und Entgelte wie in der Sitzung am 27.11.2024 beschlossen, in den Voranschlag aufzunehmen. Die Gemeindeabgaben und Entgelte der Kanalbenützungsgebühren, der Hundeabgabe, der Friedhofsentgelte und der Altstoffsammelstelle wurden in der GR-Sitzung am 27. November 2024 schon beschlossen. Die anderen Abgaben wie z.B. Kanalanschlussbeitrag und Grundsteuer sollen laut Gemeinderat gleich bleiben.

b) Höhe des Kassenkredites

Der Höchstbetrag des Kassenkredites für das Jahr 2025 bei den jeweiligen Geldinstituten liegt bei € 1.031.433,33. Dieser soll auch in der möglichen Höhe beschlossen werden.

Nach kurzer und weiterer Beratung stellt Bgm. Köllner den Antrag, die Höhe für Kassenkredite für das Jahr 2025 im höchstmöglichen Ausmaß in der Höhe von € 1.031.433,33 zu beschließen.

Der Gemeinderat fasst den einstimmigen Beschluss, die Höhe für Kassenkredite für das Jahr 2025 im höchstmöglichen Ausmaß in der Höhe von € 1.031.433,33 zu beschließen.

c) Stellenplan

Der Dienstpostenplan über Beamte, VB I und VB II sowie für Saisonarbeiter ist in vorliegender Form zu beschließen.

Nach kurzer und weiterer Beratung stellt Bgm. Köllner den Antrag, den Dienstpostenplan in vorliegender Form zu beschließen. Zustimmung 13 Stimmen der SPÖ, Stimmenthaltung ÖVP zählt als 7 Gegenstimmen

Der Gemeinderat fasst den mehrstimmigen Beschluss, den Dienstpostenplan in vorliegender Form zu beschließen.

d) Mittelfristiger Finanzplan 2026-2029

Mit dem Voranschlag 2025 muss auch ein mittelfristiger Finanzplan gemäß VRV 2015 für die Jahre 2026 bis 2029 erstellt und beschlossen werden. Dieser Finanzplan wurde von Vb Tina Fleischhacker erstellt und soll eine Orientierungshilfe für die Gemeinde betreffend Haushaltsführung in den kommenden Jahren sicherstellen. Danke für die sehr gute Aufbereitung für den Gemeinderat. Diese Eingaben für die nächsten Jahre wurden soweit als möglich realistisch vorgenommen und man hat sich bemüht, die Investitionen der Gemeinde auch einzubauen.

Ein Großteil der Ausgaben sind mit Fixkosten und gewissen Vorhaben verplant (Personalkosten, Tilgung, Zinsen, Schul- und Kindergartenkosten, Straßenausbau usw.). Die anderen Positionen können von den Gemeinden individuell eingesetzt werden,

sollten aber ungefähr den Tatsachen entsprechen, soweit man diese Zahlen kennt! Bemerkenswert wird, dass es sich hierbei um keine fixen Vorgaben handelt. Dieser mittelfristige Finanzplan soll lediglich eine Vorschau für die Jahre 2026 bis 2029 darstellen.

Der mittelfristige Finanzplan wurde den Fraktionen mit der heutigen Tagesordnung zugestellt. Für den Finanzplan 2026 bis 2029 sollen folgende Summen beim Ergebnisvoranschlag und auch beim Finanzierungsvoranschlag beschlossen werden:

Finanzjahr	2026	2027	2028	2029
SAO (0) Nettoergebnis	- 480.400,-	- 580.800,-	- 529.900,-	- 493.500,-
Entnahmen von Haushaltsrücklagen	1.200.000,-	0,-	0,-	0,-
SAO0 Nettoergebnis + Rücklage	+ 719.600,-	- 580.800,-	- 529.900,-	- 493.500,-
Saldo (5) Finanzierungsvoranschlag	- 1.523.500,-	- 254.800,-	- 249.800,-	- 241.700,-

Nach kurzer und weiterer Beratung stellt Bgm. Köllner den Antrag, den mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2026 bis 2029 in vorliegender Form zu beschließen. Zustimmung 13 Stimmen der SPÖ, Stimmenthaltung ÖVP zählt als 7 Gegenstimmen

Der Gemeinderat fasst den mehrstimmigen Beschluss, den mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2026 bis 2029 der Gemeinde Illmitz in vorliegender Form zu beschließen.

2) Kreditübertragungen für das Haushaltsjahr 2024

Der Vorsitzende führt an, dass auch im Jahr 2024 Kreditübertragungen erforderlich sind, da es im Jahresverlauf bei einzelnen Budgetposten zu Über- bzw. Unterschreitungen kommen kann. Diesbezüglich hat Vb Tina Fleischhacker eine Aufstellung betreffend die erforderlichen Kreditübertragungen zum Voranschlag 2024 erstellt und diese liegen auch dem Gemeinderat vor. Es handelt sich teilweise um größere Summen auf den verschiedensten Posten. Diese Ausgaben werden durch Einsparungen bei diversen anderen Konten abgedeckt. Die Unterlagen wurden den Fraktionen mit der heutigen Tagesordnung zugestellt und liegen dem Gemeinderat vor (siehe Aufstellung unten).

Die Kreditübertragung ist eine Korrektur der genehmigten Voranschlagsbeträge des laufenden Jahres und dient dazu, Beträge, die auf einer Voranschlagsstelle nicht benötigt werden, abzusetzen und auf eine oder mehrere Voranschlagsstellen, auf denen man mehr ausgegeben hat, aufzuteilen. Die Summe der Kreditübertragungen darf jedoch die Summe von 10 % der Einzahlungen der operativen Gebarung des Finanzierungsvoranschlags nicht überschreiten, da man in diesem Fall einen Nachtragsvoranschlag zu erstellen hat. Auch muss die entsprechende Voranschlagsstelle vorgegeben sein.

Für das laufende Haushaltsjahr 2024 sind Kreditübertragungen in der Höhe von € 561.300,- (Einnahmen und Ausgaben) erforderlich, welche auf verschiedene VA-Stellen aufgeteilt werden. Die 10 % der Einzahlungen der operativen Gebarung des Finanzierungsvoranschlags werden nicht überschritten. Diese Kreditübertragungen müssen dann dem Rechnungsabschluss 2024 angeschlossen werden, um dem Gemeinderat und der Aufsichtsbehörde jederzeit die Kontrolle über die Einhaltung der Voranschlagsbeträge sowie über eventuelle Voranschlagsüberschreitungen zu gewährleisten. Vom Vorsitzenden werden die angeführten Summen vorgetragen und dem Gemeinderat konkret erläutert, warum diese Maßnahmen erforderlich sind.

1. Vizebürgermeisterin Galumbo Heidemarie teilt mit, dass rechnerisch alles richtig und gut vorbereitet wurde. Man kann entnehmen, dass es im gesetzlichen Rahmen liegt, jedoch ist das Budget nicht nachhaltig, deshalb enthalten wir uns der Stimme.

GR DI Konrad Tschida tritt der Sitzung um 19:54 Uhr bei – ihm wird der Tagesordnungspunkt nochmals erläutert.

Nach weiterer Beratung stellt Bgm. Köllner den Antrag, die Kreditübertragungen für das Haushaltsjahr 2024 in der Höhe von € 561.300,- in vorliegender Form zu beschließen. (Stimmen für den Antrag SPÖ und FPÖ, Stimmenthaltung ÖVP)

Der Gemeinderat fasst den mehrstimmigen Beschluss, folgende Kreditübertragungen gem. § 70/2 der Bgld. Gemeindeordnung im Haushaltsjahr 2024 vorzunehmen:

	weniger Ausgaben / Mehreinnahmen	Euro
010 - 511	Geldbezüge für VB I	33 000
010 - 582	DGB zur sozialen Sicherheit	3 800
212010 - 510	Geldbezüge Nachmittagsbetreuung	1 500
240 - 510	Geldbezüge VB I (Pädagoginnen)	30 500
240 - 511	Geldbezüge VB II (Helferinnen)	37 000
240 - 522	Geldbezüge - Angest. Nicht ganzj. besch.	2 000
240 - 580	DGB zum Ausgleichsfonds für Familienb.	3 200
240 - 582	DGB zur sozialen Sicherheit	13 500
240 - 860	Transfers von Bund, Bundesfonds, Bundeskammern	64 400
510 - 816	Kostenbeiträge für sonstige Leistungen	65 200
530 - 757	Beitrag Rotes Kreuz	28 800
813 - 511	VB in handwerklicher Verwendung	9 000
813 - 582	DGB zur sozialen Sicherheit	1 700
815 - 861	Förderung Land	19 500
831 - 590	Fortbildungen, Kurse	2 000
831 - 775	Laufende Transferzahlung an ITB	102 200
831 - 816	Kostenbeiträge sonstige Leistungen, Seebad Personal	87 000
840 - 811	Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung	57 000
	SUMME	561 300
	mehr Ausgaben / Mindereinnahmen	
000 - 721	Bezüge der gewählten Organe	8 900
010 - 523	Saisonarbeiter	3 900
015 - 729	Auszahlung Gutscheine (MG Illmitz)	14 300
131 - 728	Entgelte für sonstige Leistungen (Bausachverständige)	10 300
212 - 511	Geldbezüge VB II	20 500
212 - 582	DGB zur sozialen Sicherheit	4 200
212 - 700	Betriebskosten (Miete)	10 400
212 - 723	Repräsentationsausgaben	2 100
212010 - 728	Entgelte für sonstige Leistungen	6 300
220 - 720	Kosten für Schul- und Heimerhaltung (Ertragsanteile)	14 900
240100 - 510	Geldbezüge VB I (Pädagoginnen)	39 600
240100 - 511	Geldbezüge VB II (Helferinnen)	41 100
240100 - 580	DGB zum Ausgleichsfonds für Familienb.	1 900
240100 - 582	DGB zur sozialen Sicherheit	15 800
422 - 700	Kostenbeiträge Seniorentageszentrum (Betriebskosten, Miete)	19 400
530 - 751	Rettungsbeitrag Ertragsanteile	28 900
562 - 7511	Aufrollung Krankentageabgang Ertragsanteile	60 800
612 - 511	Geldbezüge VB II	10 400
770 - 510	Geldbezüge VB I	5 000
770 - 582	DGB zur sozialen Sicherheit	7 600
813 - 670	Versicherungen	1 300
815 - 523	Saisonarbeiter	2 700
815 - 600	Energieverbrauch	1 300
817 - 614	Instandhaltung von Gebäuden	1 600
820 - 614	Instandhaltung von Gebäuden	1 700
831 - 511	Geldbezüge VB II	31 500
831 - 582	DGB zur sozialen Sicherheit	6 200
851 - 511	Geldbezüge VB II	5 700
851 - 582	DGB zur sozialen Sicherheit	1 100
851 - 610	Instandhaltung von Grund und Boden	9 200

851 - 630	Postdienste		2 300
851 - 720	Betriebskosten AWW Seewinkel		151 800
851 - 728	Entgelte für sonstige Leistungen		16 700
870 - 700	Miet- und Pachtaufwand (PV-Anlage)		1 900
		SUMME	561 300
	Summe EINNahmen		561 300
	Summe AUSGABEN		561 300

3) Girokonten und Sparbücher, Zinsen

Bürgermeister Köllner teilt mit, dass man wieder einen Beschluss betreffend die Zinsen der Sparbücher fassen muss. Die Sparkasse geht hier mit dem Euribor, welcher nach derzeitigem Stand 3,862 % p.a. beträgt. Von der Raika wurde ein Zinssatz für die nächsten 6 Monate in der Höhe von 2,5 % für das Sparbuch bei der Raiffeisenkassa angeboten. Alle weiteren Bedingungen bleiben unverändert. Bürgermeister Köllner teilt weiter mit, dass man nochmal mit der Raiffeisenbank telefoniert hat, ob ein besseres Angebot möglich wäre. Es stellt sich daher die Frage, ob man das Geld aufgrund der deutlich höheren Zinsen von der Raika auf die Sparkasse umschichtet. Es besteht auch die Möglichkeit, dass man einen Ansatzposten in der Höhe von z.B. € 20.000 bei der Raika liegen lässt und den Rest zur Sparkasse umschichtet.

GV Ing. Johann Gangl sagt, dass man bedenken muss man, dass man die Raika im Dorf hat, man in Zukunft aber wieder umschichten könnte, sollte sich von den Zinsen her etwas ändern.

Nach weiterer Beratung stellt Bürgermeister Köllner den Antrag, den Großteil des Sparbuches der Raiffeisen Bezirksbank Neusiedl Ost eGen in der Höhe von € 270.543,77 auf die Sparkasse Hainburg-Bruck-Neusiedl AG umzuschichten. Ein Restbetrag in der Höhe von € 20.000, - soll auf dem Sparbuch bei der Raiffeisen Bezirksbank Neusiedl Ost eGen mit einem Gesamtzinssatz von 2,5% auf 6 Monate verbleiben. Alle anderen Vereinbarungen bleiben unverändert.

Der Gemeinderat fasst den einstimmigen Beschluss, dass aufgrund des Gesamtzinssatzes eine Umschichtung des Sparbuches von der Raiffeisen Bezirksbank Neusiedl Ost eGen zur Sparkasse Hainburg-Bruck-Neusiedl AG in der Höhe von € 270.543,77 vorgenommen werden soll. Ein Restbetrag von € 20.000, - soll auf dem Sparbuch bei der Raiffeisen Bezirksbank Neusiedl Ost eGen mit einem Gesamtzinssatz von 2,5% auf 6 Monate verbleiben. Alle anderen Vereinbarungen bleiben unverändert.

4) Kostenbeiträge für Aufschließungsmaßnahmen

Bürgermeister Köllner teilt mit, dass dieser Tagesordnungspunkt vom Prüfungsausschuss in seiner letzten Sitzung angeregt wurde, da auch Wiederherstellungen von Gehsteigen, zudem auch rückwirkend für die letzten Jahre, vorgeschrieben werden sollen. Dies wurde mit dem Amt der Burgenländischen Landesregierung besprochen und auch mitgeteilt, dass man die Wiederherstellungen als Gemeinderat aus der Verordnung nehmen könnte, was in der derzeitigen budgetären Situation nicht begrüßenswert wäre. Daher sollen die Wiederherstellungen der Gehsteige in den letzten Jahren, soweit zurück als möglich, vorgeschrieben werden.

Nach weiterer Beratung teilt Bürgermeister Köllner mit, dass man dies im Frühjahr mit Hilfe der Burgenländischen Landesregierung auf Hinweis des Prüfungsausschusses angehen wird.

5) Gebühren/Entgelte, Guthaben und Mahnungen – Kleinstbeträge

Bürgermeister Köllner sagt, dass auch dies vom Prüfungsausschuss angeregt wurde, da der Auslöser Vorschreibung von Cent-Beträgen bei der Stareabwehr war. Hier wartet man noch auf eine endgültige Stellungnahme der Burgenländischen

Landesregierung, da sie dies rechtlich noch näher abklären müssen (Zeiträume,...). In dieser wird die Vorgehensweise erklärt, wie man mit der Vorschreibung von Cent-Beträgen usw. vorgehen sollte. Daher wird der Tagesordnungspunkt vertagt und erneut besprochen, sobald die Situation geklärt ist.

6) **Kosten für schulische Tagesbetreuung pro Monat**

Bgm. Köllner teilt mit, dass für den Besuch der Volksschule- und Mittelschule-Tagesheimschule ein Elternbeitrag pro Kind und Tag zu leisten ist und seitens der Schule die Anfrage kam, ob diese unverändert bleiben oder geändert werden. Diese wurden seitens des Gemeinderates vor einigen Jahren festgesetzt. Er führt weiter an, dass es bei den Elternbeiträgen Höchstbeträge gibt, es ist aber nicht nachvollziehbar, dass die Beträge an manchen Tagen ausgeschöpft wurden und an manchen nicht.

Nach weiterer kurzer Beratung stellt Bürgermeister Köllner den Antrag, die Elternbeiträge für die Volksschule- und Mittelschule-Tagesheimschule ab März 2025 und wie folgt festzusetzen:

€ 26,40,- (1. Tag), € 35,20 (2. Tage), € 52,80 (3. Tage), € 70,40,- (4. Tage) und € 88,- (5 Tage).

Nach kurzer Beratung fasst der Gemeinderat den einstimmigen Beschluss die Elternbeiträge für die Volksschule und Mittelschule-Tagesheimschule ab März 2025 wie folgt abzuändern:

€ 26,40,- (1. Tag), € 35,20 (2. Tage), € 52,80 (3. Tage), € 70,40,- (4. Tage) und € 88,- (5. Tage).

7) **Feuerwehrhauszu- und -umbau, Kreditvertrag und Totalunternehmervertrag**

Der Bürgermeister informiert, dass die Angelegenheit bereits bilateral besprochen wurde. Die erste Tranche von Bedarfszuweisungen in Höhe von 400.000 Euro wurde bereits ausgezahlt, weitere Tranche-Zahlungen sind für Juli und Dezember des kommenden Jahres vorgesehen. Ein Zuschuss des Landesfeuerwehrverbands muss separat beantragt werden. Nach Rücksprache mit anderen Gemeinden, die ähnliche Projekte durchführen, wurde festgestellt, dass die PEB (Projektentwicklungs- und Betreuungs-GmbH) alles abwickeln würde, einschließlich Finanzierung. Es gibt die Option, den Totalunternehmervertrag und den Kreditvertrag getrennt zu vergeben. Die Firma FRC unter Werner Lehner hat beim Kreditvertrag mit der Sparkasse einen Fixzinssatz von 2,99 % (pönalefrei - PEB würde höher liegen) ausgehandelt. Die FRC verhandelt mit verschiedenen Instituten, die aufgrund des rückläufigen Privatkundenvolumens Gemeinden als Kunden gewinnen möchten. Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. € 3,5 Mio., bei einem Kreditvolumen von € 2 Mio. Euro, das nach Fertigstellung fällig wird. Eigenleistungen wurden aus Haftungsgründen ausgeschlossen, jedoch soll die Feuerwehr einen Teil der Einrichtung übernehmen.

1. Vizebürgermeisterin Heidemarie Galumbo teilt mit, dass die Entscheidung für einen Totalunternehmervertrag mit der PEB klar ist, jedoch gibt es noch offene Fragen bezüglich des Angebots von Werner Lehner mit einem Fixzinssatz von 2,99 % und der Angebotseinholung von anderen Instituten.

Der Bürgermeister bestätigt, dass die Sparkasse das beste Angebot gemacht habe (einziges Angebot dieser Art am Markt), dies jedoch auch bei anderen Anbietern geprüft wurde. Er betonte, dass die Finanzierung bis 2025 beobachtet werden könne, da das Angebot pönalefrei sei, und die Möglichkeit bestünde, später zu einem anderen Anbieter zu wechseln.

Hierzu wurde in der Sitzung des Gemeinderates ein kurzes Telefonat mit Herrn Lehner geführt, welcher die offenen Fragen beantwortet hat.

GV Kroiss Michael weist auf die Bedeutung des Projekts für die Feuerwehr hin. Es sei jedoch wichtig, die Feuerwehr in die Planung einzubeziehen, um potenziell Kosten einzusparen.

Bürgermeister Köllner berichtet, dass er mit dem Feuerwehrkommandanten gesprochen habe, der in der aktuellen schwierigen Zeit gesprächsbereit sei. Die Feuerwehr fordere keinen „Palast“, sondern lediglich einen zweckmäßigen Bau aufgrund von Platzproblemen. Christian Weiss von der PEB werde das Gespräch mit der Feuerwehr weiterführen.

Nach weiterer Beratung stellt Bgm. Köllner den Antrag, dass der Totalunternehmervertrag zwischen der Marktgemeinde Illmitz und der PEB – Projektentwicklung Burgenland GmbH bezüglich des Feuerwehrhauszu- und Umbaus eingegangen wird. Auch der Kreditvertrag mit der Sparkasse Hainburg-Bruck-Neusiedl AG in der Höhe von € 2.000.000, - zur Finanzierung der Adaptierung und Zubau des Feuerwehrhauses soll beschlossen werden.

Der Gemeinderat fasst den einstimmigen Beschluss, dass der Totalunternehmervertrag zwischen der Marktgemeinde Illmitz und der PEB – Projektentwicklung Burgenland GmbH bezüglich des Feuerwehrhauszu- und Umbaus eingegangen wird. Auch der Kreditvertrag mit der Sparkasse Hainburg-Bruck-Neusiedl AG in der Höhe von € 2.000.000, - zur Finanzierung der Adaptierung und Zubau des Feuerwehrhauses wird einstimmig beschlossen.

8) **Straßenbau 2025, Erweiterungs- und Sanierungsprogramm Wasserleitungsverband**

Bürgermeister Köllner gibt an, dass der Wasserleitungsverband um Bekanntgabe der Straßenerrichtungen und Sanierungen bittet, damit sie sich nach den Aufgrabungen richten und ebenfalls Arbeiten auf diesen Straßenzügen vornehmen können. Da in diesem Jahr die finanzielle Lage den Gemeinden sehr zusetzt, hat man im Budget 2025 für den Straßenbau nur € 100.000, - vorgesehen, um unter dem Jahr anfallende, wichtige Arbeiten vornehmen zu können, welche man in einer Begehung intern genauer festlegen wird. Bei Vornahme von Straßen- bzw. Gehsteigsanierungen sollen diese raschest an den Wasserleitungsverband weitergeleitet werden.

Nach weiterer kurzer Beratung wird festgelegt, dem Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland mitzuteilen, dass man bei einer internen genaueren Festlegung der Vornahme von Sanierungen gewisser Gebiete raschest die Information zukommen lassen wird, damit auch Arbeiten seitens des Verbandes vorgenommen werden können.

9) **Pachtvertrag Weingarten, Gst. Nr. 5857/11**

Bürgermeister Köllner teilt mit, dass Andreas Haider jun. mitgeteilt hat, dass er den Pachtvertrag betreffend Grundstück 5857/11 doch kündigen möchte. Er teilt weiter mit, dass Franz Zehentner den Pachtvertrag betreffend Grundstück 1685/92 ebenfalls kündigen möchte.

Nach weiterer kurzer Beratung stellt Bürgermeister Köllner den Antrag, die Pachtverträge betreffend die Grundstücke 5857/11 und 1685/92 mit 31.12.2024 einvernehmlich aufzulösen.

Der Gemeinderat fasst den einstimmigen Beschluss, die Pachtverträge betreffend die Grundstücke 5857/11 und 1685/92 mit 31.12.2024 einvernehmlich aufzulösen.

10) **Bericht des Prüfungsausschusses**

Der Prüfungsausschuss hat am 6. Dezember 2024 getagt und der diesbezügliche Bericht wurde den Fraktionen ordnungsgemäß zugestellt. Auch liegt diese dem Gemeinderat vor. Diese Sitzung wurde von Obmann Ing. Hannes Heiss geleitet und Bürgermeister Köllner ersucht den Obmanne, diesbezüglich zu berichten.

Der Obmann des Prüfungsausschusses gibt an, dass bei dieser Sitzung fünf Mitglieder anwesend waren und dass die Beschlussfähigkeit gegeben war. Bei der Sitzung wurden neben der Buchhaltungs- und Kassenkontrolle das Protokoll der Sitzung vom 20.09.2024 korrigiert, die Straßenerhaltungsbeiträge, die Rechts- und Beratungsaufwände, die Aufwendungen der Bau-SV, die Betriebskosten der Mittelschule und die Müllbeseitigung geprüft. Die Tagesordnung wurde mit dem Punkt „Allfälliges“ abgeschlossen.

1. **Korrektur Protokoll der Sitzung vom 20.09.2024**

Auszug aus dem letzten Sitzungsprotokoll inkl. Änderung (rote Markierung):

Allfälliges

Die Kontostände per ~~7. Juni 2024~~ 20. September 2024 lauten wie folgt:

RAIBA Illmitz, Kto. Nr. 400 0212:	€	418.594,30	(Girokonto)
RAIBA Illmitz, Kto. Nr. 400 4099	€	48.608,58	(Konto Stareabwehr)
Sparkasse, Kto. Nr. 23011559701	€	22.843,72	(Girokonto)
RAIBA Illmitz, Kto. Nr. 400 0428	€	151.692,78	(Kanalerneuerungsrücklage)

Sparbücher der RAIBA Illmitz und der Sparkasse Illmitz:

Sparbuch RAIBA 30.081.350	€	670.543,77
Sparbuch Sparkasse 21658850500	€	322.833,81

Weiters wurde die Handkasse der Gemeinde überprüft, welche den Betrag von € 482,35 per ~~7. Juni 2024~~ 20. September 2024 aufweist. Der Kassastand ist tagfertig, entspricht dem geführten Kassabuch und ist in Ordnung.

2. Buchhaltungs- und Kassenkontrolle

Die Monate September 2024 bis November 2024 wurden geprüft. Bei Rechnungen von ausländischen Firmen darf die Marktgemeinde Illmitz keine Vorsteuer (Innergemeinschaftliche Lieferung) einbehalten. Zukünftig sollte somit bei beispielsweise Amazon-Rechnungen die UID-Nummer entfernt werden.

3. Straßenerhaltungsbeiträge

Derzeit erfolgt keine Vorschreibung der Anliegerleistungen bei Sanierungen. Die bestehende Verordnung wird somit nicht umgesetzt.

4. Rechts- und Beratungsaufwände

Die Rechts- und Beratungsaufwände belaufen sich bei Dax & Partner, sowie Dr. Gerhard Wagner auf:

2023:	€ 1.843,59
2024:	€ 6.835,82

5. Aufwendungen Bausachverständige 2023

Die Aufwendungen der Bausachverständigen belaufen sich auf 27.627,60 €.

BM Müllner:	€ 90,00
Dr. Grazer:	€ 129,60 (Bauaktheft)
BM Prost:	€ 12.960,00
BM Thell:	€ 14.448,00

6. Betriebskosten Mittelschule

Die Betriebskosten (Strom und Gas) belaufen sich:

2023:	€ 67.339,48 €
2024:	€ 41.450,57 €

7. Müllbeseitigung (Friedhof und Altstoffsammelzentrum) 2023

Die Müllbeseitigungskosten belaufen sich für:

Friedhof:	
2023:	€ 5.557,55
2024:	€ 5.386,28

Altstoffsammelzentrum:

2023:	€ 21.076,35
2024:	€ 47.491,38 (Mehraufwände für Entsorgung von Weingartennetzen – € 11.662,32)

8. Allfälliges

Die Bescheide der Vorschreibungen der Stareabwehr wurden geprüft. Für Geringstbeträge sollte eine Lösung im Gemeinderat beraten werden.

Die Kontostände per 6. Dezember lauten wie folgt:

RAIBA Illmitz, Kto. Nr. 400 0212:	€	200.614,53	(Girokonto)
RAIBA Illmitz, Kto. Nr. 400 4099	€	9.296,77	(Konto Stareabwehr)
Sparkasse, Kto. Nr. 23011559701	€	23.095,03	(Girokonto)
RAIBA Illmitz, Kto. Nr. 400 0428	€	37.241,28	(Kanalerneuerungsrücklage)

Sparbücher der RAIBA Illmitz und der Sparkasse Illmitz:

Sparbuch RAIBA 30.081.350	€	290.543,77
Sparbuch Sparkasse 21658850500€		322.833,81

Weiters wurde die Handkasse der Gemeinde überprüft, welche den Betrag von € 656,45 per 6. Dezember 2024 aufweist. Der Kassastand ist tagfertig, entspricht dem geführten Kassabuch und ist in Ordnung.

Nächster Termin: Freitag, 7. Februar 2024, 14:00 Uhr

Dieser Bericht des Prüfungsausschusses wird von den anwesenden Mitgliedern einhellig zum Beschluss erhoben (keine Gegenstimme).

Bürgermeister Köllner dankt für die ausführliche Berichterstattung und der Prüfbericht wird seitens des Gemeinderates zur Kenntnis genommen.

11) Allfälliges

***) Pusztascheune Dieter Haider**

GR Dagmar Bründlmayer fragt bezüglich der Rechtsschutzversicherung der Gemeinde bezüglich der weiteren Vorgehensweise mit der Pusztascheune (Haider Dieter) an? Wie wird das Thema gelöst?

Bürgermeister Köllner teilt mit, dass dies die ITB betrifft er aber gerne Auskunft geben kann. Die Aussichten gestalten sich lt. Rechtsanwalt Dax als sehr gering und der Aufwand steht sich nicht dafür. Leider stellt dies daher ein Faktum dar, dass man die Pacht nicht bekommen wird, da er nicht liquide und kein Kapital da ist. Man hätte es ausstreiten können, was sich aber höchstwahrscheinlich mit den Rechtskosten aufheben würde.

***) Kroisspark**

2. Vizebürgermeisterin Anna Sipötz teilt mit, dass der Kroisspark von der Fa. Steinhofer bepflanzt wurde und bis auf Kleinigkeiten im Frühjahr abgeschlossen ist.

***) Weihnachtswünsche**

1. Vizebürgermeisterin Heidemarie Galumbo bedankt sich für das Aufstellen der Glühweinhütte. Ist ein schöner Zug die Hütte für den Benefizzweck zu sponsern. Sie wünscht frohe Weihnachten, erholsame Feiertage und einen guten Rutsch.

Bürgermeister Köllner schließt sich diesen Worten an und bedankt sich für die Zusammenarbeit, die überwiegend sehr gut funktioniert hat. Er darf in den Gemeindekeller einladen, um darauf anzustoßen.

***) Termin nächste Gemeinderatssitzung**

Die nächste Gemeinderatssitzung wird voraussichtlich Ende Februar stattfinden.

Nachdem kein weiterer Punkt mehr auf der Tagesordnung stand, wurde die Sitzung vom Vorsitzenden, Bgm. Maximilian Köllner, um 20.53 Uhr, geschlossen.

Die Schriftführerin:

Die Beglaubiger:

Der Bürgermeister: